Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

239 (12.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 239 | Mittwoch, den 12. Oktober 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Prozeß Preußen-Reich vor dem Staatsgerichtshof erklärte Ministerialdirektor Dr. Gottheiner im Auftrage der Reichsregierung, daß zwischen Reichskanzler und Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen weder vereinbart noch verhandelt worden sei.

•

Reichskanzler von Papen stattete in München zahlreiche Besuche ab und spricht am Mittwoch vor dem Industriellenverband.

•

Dr. Goebbels hat die Aufforderung angenommen, in einer deutschnationalen Versammlung als Diskussionsredner zu sprechen.

•

Dre Stadtkommissar von Koburg hat die für Sonntag geplanten nationalsozialistischen Veranstaltungen verboten mit Ausnahme einer Kundgebung, auf der Hitler die Ehrenbürgerurkunde überreicht wird.

•

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös betonte in der Regierungserklärung die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge.

*

Zwischen Macdonald und dem amerikanischen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Davis, hat eine Unterredung über die Abrüstungsfrage stattgefunden, die sich insbesondere auch auf die Seeabrüstung bezog.

Zusammenkunft Herriot-Macdonald

Paris, 11. Okt. Havas teilt mit, daß die Begegnung Macdonald-Herriot, deren Zeitpunkt noch nicht feststand, Donnerstag am 13. Oktober in London stattfinden werde. Herriot wird Paris am Mittwoch verlassen.

•

Paris zu Herriots Reise

Paris, 11. Okt. Wie feststeht, verläßt Ministerpräsident Herriot am Mittwoch nachmittag in Begleitung seines Kabinettschefs Marcel Peo und eines hohen Beamten des Außenministeriums Paris. Seine Rückkehr nach Paris ist für Samstag vorgesehen, so daß ihm zwei volle Tage bleiben, um mit dem englischen Ministerpräsidenten und dem Außenminister Rücksprache zu nehmen. In der Pariser Presse begrüßt man allgemein das Zustandekommen des Londoner Besuchs Herriots, aus dem man, ohne die Tragweite der gegenseitigen Unterredungen zu überschätzen, sehr zuversichtliche Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung der Arbeiten der Abrüstungskonferenz zieht.

Düstere englische Stimmen

London, 11. Okt. Daß Herriot, wenn er nach London kommt, nicht allein über die deutsche Gleichberechtigung verhandeln will, sondern über diese Frage höchstens innerhalb des Rahmens für die neue internationale Sicherheit, die Schaffung des internationalen Gerichts zur Bestimmung des Angreifers und die Polizeiarmee des Völkerbundes, ist völlig klar. Dies alles aber sind Punkte, die mit der englischen Politik völlig unverträglich sind. So zeigt sich schon heute in der ganzen englischen Presse eine außerordentlich feindselige Haltung gegenüber diesen Plänen des französischen Ministerpräsidenten.

Zu dem Herriot-Plan schreibt der **„Daily Telegraph"**, niemals könne England diesen Plan annehmen. In diesem stecke das Genfer Protokoll von 1924. Die britische Politik hat sich stets hiergegen gewendet. Die Aufgabe des Rechtes über die Frage, wer der Angreifer ist, stehe außer Frage. Das wäre nicht einmal in Locarno versprochen worden und würde niemals versprochen werden.

Der **„Daily Expreß"** erklärt, Frankreich denke gar nicht daran, abzurüsten es wolle nur einen Waffenpark in Genf schaffen und jeder wisse, daß Genf mit der Stimme von Paris spreche. Auf diese Weise würde England nur in den unvermeidlichen europäischen Krieg hineingezogen werden. Das Blatt schließt mit einer scharfen Warnung an Macdonald, nicht 1932 zu versuchen, was 1924 mißlungen sei.

Schließlich schreibt Garwin im **„Observer"** fast drei Spalten über die Notwendigkeit der Revision der Verträge. Er ist aber außerordentlich skeptisch und befürchtet, daß ein gewaltsames kriegerisches Ende nicht mehr zu vermeiden sei. So fordert er die englische Regierung auf, auf jeden Fall dafür zu sorgen, daß England nicht in diesen Krieg mit hineingezogen wird. Er bedauert die Entwicklung in Deutschland, spricht von dem militaristischen und monarchistischen Geist des Regimes Schleicher-Papen und beklagt den Fall Brünings als eine europäische Katastrophe. Auch der soeben von einer Deutschlandreise zurückgekehrte Lord Castlerosse erklärt im „Sunday Expreß", daß der **europäische Krieg nicht mehr zu vermeiden sei.**

Die Reichsregierung soll verständigt werden

T.U. **Paris**, 11. Okt. Einer Londoner Havas-Meldung zufolge wird die Reichsregierung auf Grund des Konsultativpaktes über den Inhalt und den Fortschritt der bevorstehenden französisch-englischen Unterredungen verständigt werden. Man nehme in englischen zuständigen Kreisen an, daß während dieser Unterredungen der gegenwärtig von der französischen Regierung vorbereitete Abrüstungsplan nicht behandelt werden solle.

Preußens Klage vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 11. Okt. Aus den Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in der Klage Preußens ist noch hervorzuheben, daß Dr. **Brecht** seine Behauptung aufrecht erhielt, daß bei den Besprechungen zwischen **von Papen und den Nationalsozialisten** das Vorgehen gegen Preußen zum Gegenstand der Abmachungen gemacht worden sei.

Ministerialdirektor **Badt** bezeichnete als die wichtigste Tatsache der Verhandlung die Behauptung, daß Severing im Juni d. J. selbst die Einsetzung eines Reichskommissars verlangt haben solle. Er könne aber einen Gegenbeweis dagegen bringen.

Ministerialdirektor Dr. **Gottheiner:** Ich muß erklären, daß ich meine Behauptung aufrecht erhalte. Vorgänge im Innern eines Ministeriums sind nicht so bedeutungsvoll, wie nach außen abgegebene Erklärungen. So hat Severing auch am 20. Juli erklärt, er werde nur der Gewalt weichen. Aber er hat nachher **mit Vertretern der kommissarischen Regierung das Maß der Anwendung der Gewalt vereinbart.** (Unruhe bei den preußischen Vertretern.)

Leipzig, 11. Okt. Auch in der Verhandlung am Dienstag sah sich Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke veranlaßt, die Verhandlungsparteien zu bitten, persönliche Momente aus der Debatte zu lassen. Ministerialdirektor Dr. Brecht gab bei Verhandlungsbeginn eine Erklärung ab, in der er betonte, die preußischen Minister (außer dem abberufenen Ministerpräsidenten Braun und Innenminister Seoering) würden es im Interesse des Landes nicht abgelehnt haben, mit dem Reichskommissar jeder für sein Ressort ebenso zusammenzuarbeiten, wie es jetzt die Staatssekretäre tun, wenn auch unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtsverwahrung. In diesem Sinne hätten sich mehrere der Minister bereits in der Frühe des 20. August geäußert. Namens des Ministerpräsidenten Braun erklärte Ministerialdirektor Brecht, daß die Behauptung, Ministerpräsident Braun habe sich dadurch befriedigt erklärt, daß sein Gehalt voll weitergezahlt würde, unwahr ist.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner meint gegenüber den Ausführungen Dr. Brechts über die Bereitschaft der Minister zur Mitarbeit mit dem Reichskommissar, daß diese Darlegungen keine völlige Klärung im Sinne einer Bejahung der gestrigen Frage des Vorsitzenden bedeuten könnten; denn Herr Brecht habe nur von der Bereitwilligkeit der Mitarbeit der Minister für die einzelnen Ressorts gesprochen, was ungenügend wäre. Was die Gehaltszahlungen anlangt, so habe ich, betont Dr. Gottheiner, gestern erklärt, der preußische Ministerpräsident hat alsbald nach der Eröffnung, daß er von der Ausübung der Obliegenheiten seines Amtes entbunden sei, eine Feststellung nach der Richtung treffen lassen, wie es denn nun mit seinem Gehalt wäre. Daß diese Anfrage auf Veranlassung der Rechtsvertretung des Ministerpräsidenten erging, war mir nicht bekannt. Mir wurde mitgeteilt, daß der Ministerpräsident sich dem Büro des Staatsministeriums gegenüber sehr befriedigt darüber ausgesprochen habe, daß das Gehalt voll gezahlt würde.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke betonte, er sei überzeugt, daß es Ministerialdirektor Gottheiner ferngelegen habe, Andeutungen zu machen, als sei die Gehaltsfrage für den Ministerpräsidenten Braun das einzig wesentliche an der ganzen Sache, und daß auch er der Meinung sei, daß bei einer Persönlichkeit wie dem Ministerpräsidenten Braun eine derartige Unterstellung nicht am Platze wäre. (Ministerialdirektor Gottheiner nickt bejahend.)

Präsident Dr. Bumke bemerkte weiter zu den verschiedenen Zeugenbenennungen, dem Staatsgerichtshof fehle, auch wenn er nicht so souverän sei, die prozessuale Berechtigung, Parteien, wie z. B. den Minister Severing, den Reichskanzler von Papen, als Zeugen zu vernehmen. Was die Beziehungen zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten betreffe, scheine es kaum bestreitbar zu sein, daß Einigkeit zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten darin bestand, daß mit der preußischen Regierung Schluß gemacht werden müsse. Er zweifle daran, ob eine Zeugenvernehmung in diesem Punkte weiterführen würde. Dies würde nur dann der Fall sein, wenn die Behauptungen, über die die Zeugen vernommen werden sollen, in sehr präziser Form vorgetragen werden.

Professor Dr. Heller, der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, präzisierte das Beweisthema für die Zeugenvernehmung dahin, daß von vornherein die Regierung von Papen mit der NSDAP. Abmachungen über die Beseitigung der preußischen Regierung getroffen habe. Mit der Ladung maßgebender Mitglieder des Herrenklubs solle bewiesen werden, daß von einer unabhängigen und unparteiischen Regierung, die nur die Bürgerkriegssituation bekämpfen wollte, gar keine Rede sein könne, daß vielmehr sehr klare parteipolitische Abmachungen bestanden.

Ministerialdirektor Dr. Badt erklärte, daß die Beseitigung der preußischen Regierung nur der **Schlußstein eines Planes sei, der seit zehn Jahren in Kreisen des Reichswehrministeriums besprochen worden sei und der auch Lieblingsplan des Generals von Schleicher war, nämlich den Dualismus Reich-Preußen mit Hilfe des Artikels 48 zu beseitigen.**

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Gottheiner, erklärte dazu u. a.: Ich habe bereits gestern gesagt, daß die Reichsegierung **durch keinerlei Abmachungen oder Abkommen zu einem Einschreiten gegen Preußen sich verpflichtet hatte. Ich muß heute nochmals namens der Reichsregierung erklären, daß sie sich in freier und verantwortungsbewußter Entscheidung zu dem entschlossen hat, was am 20. Juli geschehen ist. Die Entwicklung ging dahin und zwar eben deswegen, weil wir uns tatsächlich in einer Bürgerkriegslage und in einer Konfliktslage befunden haben.** Der Entschluß der Reichsregierung wurde bekräftigt, als Minister Severing in den Tennishallen in Berlin zurief: „Jagen wir die Reichsregierung davon!" Insbesondere aber waren für die Entscheidung der Reichsregierung **die unglaublichen Ereignisse in Altona** am 17. Juli maßgebend. **Ich muß mit aller Energie gegen die Unterstellung protestieren, als ob nicht die Erwägung der Schaffung von Ruhe und Ordnung für die Reichsregierung in entscheidendem Umfange maßgebend gewesen wäre.**

Erklärung im Auftrag des Kanzlers

Im Auftrage der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Gottheiner mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers folgende Erklärung ab:

„Eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiederzulassung der SA.-Gruppen und die Wiedergewährung politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmebestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu beseitigen."

Nach einem Einwurf Dr. **Brechts** betonte der Reichsgerichtspräsident, es sei kein Zweifel, daß Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und der neuen Reichsregierung nahestehenden Persönlichkeiten damals stattgefunden hätten, und daß sich daran gewisse Erwartungen der Nationalsozialisten geknüpft hätten.

Professor **Heller** wendet sich gegen das Dementi des Ministerialdirektors Gottheiner, wonach die Reichsregierung keine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über das Vorgehen gegen Preußen gepflogen habe. In dieser Form werde auch die Behauptung gar nicht aufgestellt. Nicht die Reichsregierung in corpore, wohl aber einzelne Reichsminister hätten entsprechende Verhandlungen mit Verabredungen geführt. Damit ist die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge vor dem 20. und am 20. Juli beendet.

Präsident **Bumke** weist darauf hin, daß nunmehr geprüft werden soll,

was durch die Verordnung vom 20. Juli entstanden sei.

In seinem einleitenden Vortrag zu dem neuen Verhandlungsabschnitt erklärt Dr. **Brecht** u. a., aus verschiedenen Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung zur Verordnung ergebe sich eindeutig, daß es der Reichsregierung auf eine endgültige Absetzung und Beseitigung der Mitglieder des Kabinetts Braun angekommen sei. Erst einige Tage später, als sich ergeben habe, daß das Reich zu dieser Absetzung gar nicht befugt sei, habe die Reichsregierung sich darauf beschränkt, von einer Suspendierung der Amtsausübung zu sprechen. Dr. Brecht schildert dann, daß der Reichskommissar sofort nach seiner Einsetzung 34 preußische Beamte zur Disposition gestellt und 10 Beamte zwangsweise beurlaubt habe. Besonders wendet er sich dagegen, daß noch vor kurzem der Reichskommissar die endgültige Ernennung zum Beispiel des Staatssekretärs im Staatsministerium vollzogen habe, der auch Reichsratsvertreter sei. Gerade die Frage der Vertretung des Landes im Reichsrat gehöre zu den strittigsten Dingen des jetzigen Streites vor dem Staatsgerichtshof. Dieses Vorgehen bedeute daher eine Vorwegnahme der Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Da unsere Sorge nicht behoben ist, so sagt Dr. Brecht, halten wir es für nötig, daß der Staatsgerichtshof durch **einstweilige Verfügung bestimmt, daß vorläufig weitere Ernennungen unterbleiben.**

Auch aus der Verordnungspraxis der kommissarischen Regierung, insbesondere aus dem **Erlaß der Badeverordnung**, zieht Dr. Brecht den Schluß, daß der **Reichskommissar seine Befugnisse überschreite.**

Ministerialdirektor **Gottheiner** erklärt u. a. über die Frage, was denn die kommissarische Regierung sei, folgendes: Durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 sind gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung besondere geartete Ersatzorgane für den preußischen Ministerpräsidenten und das preußische Staatsministerium vom Reiche auf vorübergehende Dauer und unter Vorbehalt des Widerrufs zur Ausübung der Landesgewalt bestellt worden. Die Ersatzorgane handeln im Namen des Landes.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung verliest Dr. **Brecht** die bereits bekanntgegebene Erklärung des Ministers Severing gegenüber der Behauptung, daß er, Severing, beim Reichsinnenminister Freiherr von Gayl selbst die Einsetzung eines Reichskommissars für notwendig erklärt habe.

Demgegenüber verliest Ministerialdirektor Dr. **Gottheiner** folgendes **Telegramm**, das **Reichsinnenministers von Gayl** ihm übersandt hat: „Etwa Mitte Juni d. J. hatte ich mit Herrn Minister Severing in dessen Amtszimmer eine Unterredung über schwebende polizeiliche Fragen. Im Verlaufe der Unterredung brachte Minister Severing das Gespräch auf die damals in der Oeffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angeblich

von der Reichsregierung geplante Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Ueber den Umfang der Befugnisse eines solchen Reichskommissars ist dabei selbstverständlich nicht im einzelnen gesprochen worden. Es unterliegt aber nach meiner bestimmten Erinnerung keinem Zweifel, daß es sich bei dem Gespräch um die weitgehende Maßnahme der Einsetzung eines politischen Reichskommissars für Preußen handelte. **Bei dem Gespräch erklärte Minister Severing, er habe sich an dem Geschrei über die angeblich bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen nicht beteiligt, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßnahme sich nicht werde umgehen lassen.** Im weiteren Verlauf des Gespräches äußerte Minister Severing mit Bezug auf die Einsetzung des Reichskommissars: „Warten Sie nicht mehr lange ab."

Dr. **Gottheiner** verliest dann Zahlenmaterial zum Nachweis dafür, daß das Kabinett Braun sowohl nach der letzten Landtagswahl, wie auch nach seiner Rücktrittserklärung, als es nur noch geschäftsführende Regierung war, eine größere Zahl von Ernennungen zu höheren Beamtenpositionen vom Regierungsrat bis zum Oberpräsidenten vollzogen habe.

Reichsgerichtspräsident **Bumke** meint, wenn Severing tatsächlich der Einsetzung eines Reichskommissars zugestimmt haben sollte, dann würde nicht ersichtlich sein, warum die Reichsstellen nicht, ehe sie am 20. Juli die Maßnahmen durchführten, mit Severing Fühlung nahmen, da es sich ja dann nur um die Erfüllung eines Wunsches von Severing gehandelt haben würde.

Es beginnt dann die rechtliche Erörterung mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung in Verbindung mit der bundesstaatlichen Gliederung des Deutschen Reiches ergeben.

Staatsrat **Jan** erklärt, daß nach seiner Auffassung eine Reichskommissariatsregierung keine Landesregierung sei. In einem Lande könne nur eine Landesregierung existieren, nicht aber eine Reichskommissariatsregierung.

Für die **badische Regierung** schloß sich Ministerialdirektor Dr. Fecht im wesentlichen den Ausführungen des bayerischen Vertreters über die Eigenstatlichkeit der Länder an, die erhalten bleiben müsse.

*

Erklärung Severings zu den Leipziger Verhandlungen

Berlin, 11. Okt. Minister Severing, der in Zwickau in einer Wählerversammlung sprach, hat einem Vertreter der „Vossischen Zeitung" mit bezug auf die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner, daß er dem Reichsinnenminister von Gayl die Einsetzung eines Reichskommissars selbst empfohlen habe, folgendes erklärt:

„Ich habe niemals Herrn von Gayl zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermuntert. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näherzubringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichskanzler Brüning erörtert worden ist: in einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber andererseits im Gegenteil dringend gebeten, nicht ohne gesetzliche Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen. Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn von Gayl veröffentlicht, als Gerüchte im Gang waren, daß das Reichsinnenministerium die preußische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn von Gayl gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr von Gayl hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preußische Polizei fest in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn von Gayl nicht gehabt."

Ein Dementi der Reichsregierung

T.U. **Berlin,** 11. Okt. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung stellt zu den im „Vorwärts" Nummer 480 vom 11. Oktober unter der Ueberschrift „Umtriebe des Exkronprinzen" veröffentlichten Gerüchtes über eine angebliche Einsetzung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweser und die daran geknüpften Kombinationen fest, daß es sich hierbei um ein reines Phantasieprodukt handelt.

Auswärtiger Ausschuß gegen Regierung

Eine unglaublich scharfe Entschließung der Parteien

Berlin, 11. Okt. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Frick (NS.) zusammen, um über Lausanne, Abrüstung und Völkerbundstagung zu beraten. Von der Regierung war kein Vertreter erschienen. Auch die Deutschnationalen nahmen an der Sitzung nicht teil. Alle übrigen Fraktionen hatten Vertreter entsandt; auch die Sozialdemokraten hatten vor der Ausschußsitzung beschlossen, an der Sitzung teilzunehmen. Für das Zentrum war nur der Abgeordnete Bell als Beobachter erschienen.

Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Kenntnis von dem Schreiben, in dem er den **Reichsaußenminister** zu der Sitzung eingeladen habe, sowie von der Antwort des Reichsaußenministers, in der dieser darauf hinweise, daß die Völkerbundstagung noch nicht beendet sei, daß er aber auch sonst **nicht im Ausschuß erscheinen könne, solange nicht die bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt sei.** In der anschließenden Geschäftsordnungsdebatte wurde von verschiedenen Fraktionen der Standpunkt vertreten, daß eine sachliche Aussprache über die Beratungspunkte ohne Anwesenheit der Reichsregierung nicht dem Sinn und Zweck des Auswärtigen Ausschusses entsprechen würde.

Die **Kommunisten** beantragten, den Auswärtigen Ausschuß in einen Untersuchungsausschuß umzuwandeln. In der Abstimmung stimmten nur die Kommunisten dafür, dagegen das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten übten Stimmenthaltung. Mit dem gleichen Stimmverhältnis unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten wurde ein anderer kommunistischer Antrag abgelehnt, der die Oeffentlichkeit herstellen wollte.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags wurde am Schluß der Beratung ein Antrag Dr. Frick (NS.), Dr. Bell (Z.) und Graf Quadt (BVp.) angenommen, in dem es u. a. heißt:

Das verfassungswidrige **Verhalten der Reichsregierung** wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß sie sich einerseits mit starker Betonung beruft auf die Reichsverfassung, um daraus die uneingeschränkte Ausübung aller verfassungsmäßigen Rechte einer vollberechtigten Regierung für sich herzuleiten, daß sie andererseits aber ihren verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber der Volksvertretung sich entzieht. Die Reichsregierung hat sich also durch ihre erneute grundlose Weigerung, vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, **eines wiederholten Verfassungsbruches schuldig gemacht.** Dem neuen Reichstag bleibt es vorbehalten, daraus die verfassungsmäßigen Forderungen zu ziehen. Die Weigerung der Reichsregierung, dem Auswärtigen Ausschuß Rede und Antwort zu stehen, bedeutet aber auch eine schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reichs, da die Reichsregierung damit vor aller Welt beweist, daß sie nicht den Mut findet, für ihre von schweren Mißerfolgen in Lausanne und Genf begleitete Außenpolitik einzustehen und eine Unterstützung im Volk und in der Volksvertretung zu suchen. Ihre außenpolitischen Aktionen entbehren deshalb von vornherein des nötigen Gewichts. Das Wohl der Nation verlangt gebieterisch die alsbaldige Aenderung dieses verderblichen und verfassungswidrigen Zustandes".

Für diesen Antrag stimmten außer den Antragstellern auch die Sozialdemokraten, die dazu erklärten, es sei eine eigenartige Feier des Harzburger Tages, daß die Sozialdemokraten in die Lage versetzt würden, einem von den Nationalsozialisten gegen eine sogenannte nationale Regierung eingebrachten Antrag zuzustimmen. — Die Kommunisten erklärten, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen werden.

Reichskanzler von Papen in München

München, 11 Okt. Reichskanzler von Papen traf am Dienstag früh, begleitet von Staatssekretär Planck von der Reichskanzlei, Ministerialrat Marcks, dem Chef der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialrat Pukas und dem bayerischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. von Preger im Münchener Hauptbahnhof ein. Ministerpräsident Dr. Held begrüßte den Kanzler beim Verlassen des Salonwagens herzlich und stellte ihm die zum Empfang erschienenen Herren vor. Der Kanzler begab sich hierauf im Kraftwagen, begleitet vom Ministerpräsidenten, zum Haus des Ministerpräsidenten, wo er Wohnung nimmt, während die Herren seiner Begleitung sich zum Hotel Bayerischer Hof begaben.

Der Reichskanzler stattete dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium im Ministerium des Aeußeren seinen Besuch ab. Dr. Held bewillkommnete den Reichskanzler herzlich zu seinem Besuch in München und fuhr fort: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der Selbständigkeit der Länder gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Fühlung zu übernehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß **das gesamte deutsche Volk zusammenstehen muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden.** Ein zersplittertes Deutschland wird sie niemals meistern können. Außenpolitisch hängt alles von unserer absoluten Einigkeit ab. Nur durch treues Zusammenarbeiten ist das große Ziel zu erreichen, Deutschland zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen."

Reichskanzler **von Papen** dankte für die freundlichen Worte und erklärte **Mein Besuch soll mehr sein als eine formale Höflichkeit; er soll sein ein Symbol dafür, daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht schwersten Stunden der Nachkriegszeit wir nur dann zu den großen gemeinsamen Zielen weiterschreiten können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wieder herstellen, wie sie einstens gewesen ist.** Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, den passenden Kontakt mit den Ländern zu pflegen und in offener Aussprache über die schwebenden Fragen die Meinungen auszutauschen, die auf dem schweren Wege vor uns liegen.

Bei dem Besuch des Kanzlers im bayerischen **Landtag** bewillkommnete ihn der Landtagspräsident Dr. Stang mit einer Ansprache. Auf die Begrüßungsansprache erwiderte Reichskanzler von Papen, die Herren dürften gewiß sein, daß die Belange Bayerns in Berlin immer ein offenes Ohr finden werden. Das Reich sei leider so arm wie die Länder; aber wenn es sich irgendwie ermöglichen ließe, werde bestimmt den Ländern geholfen werden. Es werde nie vergessen werden, was die Länder — und speziell Bayern — dem Reiche geleistet haben.

Reichskanzler von Papen empfing im Außenministerium die Vertreter der Presse. In einer kurzen Ansprache erklärte der Reichskanzler, die Regierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bewußt auf föderalistischem Standpunkt stehe, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Der Kanzler würdigte weiter die große Aufgabe der Presse, an dem großen Ziele mitzuwirken, das Reich neu und größer auf einer Volksgemeinschaft aus dem Erlebnis des großen Völkerringens wieder aufzubauen.

Vom Ministerium des Aeußeren aus begab sich der Kanzler zum Rathaus, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen.

Die belgischen Gemeindewahlen

Brüssel, 11. Okt. Die belgischen Gemeindewahlen zeigen im ganzen einen eindeutigen **Sieg der Sozialistischen Partei.** Sie konnte 52 absolute Mehrheiten neu erobern. In den ehemaligen deutschen Gebieten Eupen und Malmedy läßt sich das Wahlergebnis noch nicht in allen Einzelheiten übersehen. Man kann aber schon jetzt feststellen, daß die Wähler nahezu ausschließlich den Parteien ihre Stimme gaben, die sich eine neue Volksbefragung zum Ziele gesetzt haben. Nach vorläufigen Ausrechnungen wird der Gemeinderat der Stadt **Eupen** aus 8 Mandataren der deutschen Gemeinschaftsliste, 3 Sozialisten, 2 Elsässischen Katholiken und einem Mittelstandsabgeordneten bestehen. In **St. Vith:** Deutsche Liste 6, Belgische Katholiken 2, Sozialisten 1; in **Kaeren:** Deutsche Arbeiter und Bauern 9, Belgische Liste 2; **Eynatien:** Liste des Bürgermeisters Esser 5, Belgier 4; **Hauset:** Deutsche Einheitsliste 5, Belgier 2; **Hergenrath:** Bürgerliche 5, Belgische Liste 4; **Lonzental-Herbestal:** Bürgerliche Liste 7, darunter 5 Mitglieder des Heimatbundes, Arbeiter 2; **Malmedy:** 8 Sozialisten, 3 Belgier.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

40)

Ihre Gedanken waren beim Abschied gestern. „Fahr mit, Toni, drüben beginnen wir ein neues Leben!"

Kerkhof saß noch immer reglos, mit erstarrtem Gesichtsausdruck, den Menschen im Arm, von dem er Rechenschaft zu fordern gedachte. Ein Höherer hatte eingegriffen . . .

‚Die Rache ist mein, ich will vergelten, spricht der Herr!'

XXVI.

Von Kufstein aus — bis dahin hatte er dem Toten das Geleit gegeben — fuhr Kerkhoff andern Tags nach Adelholzen. Er hatte sein Eigentum, die Zeichnung mit den technischen Angaben über den neuen Semaphor, wieder an sich gebracht, aber ihm lag nun fast gar nichts mehr daran. Das Erleben des gestrigen Tages war zu stark und einprägsam gewesen. Davor versank alles andere. Heute kam Kerkhoff die Wiederbesitzergreifung seines geistigen Gutes beinahe kleinlich vor. Um diesen Preis hatte er es bestimmt nicht gewünscht.

Toni Geislinger war in Kufstein geblieben. Sie tat für den Abgeschiedenen die letzten Gänge zu den Behörden, sie, der einzige Mensch auf Erden, der ihm auch im Tode nahe stand.

Der einzige — —?

Kerkhoff sollte bald genug erfahren, daß es noch einen gab, der herbsten Anteil an dem Los des Abgestürzten nahm. Und wieder war es ein Mädel: Ursula Josephy!

Wie konnte das auch anders sein: Unter den Männern hatte der Herzensbrecher Vidor so gut wie keinen Freund, dafür um so mehr unter dem schönen Geschlechte. In Salzburg zerdrückte so manches braun- oder goldhaarige Mädel eine Träne beim Lesen der Zeitungsnachrichten von dem neuesten Drama im Kaisergebirge.

Kerkhoff fand Ursula in der Bibliothek des Vaters. Dieser große, schöne Raum erhielt Oberlicht, das seltsam verklärend wirkte und den Gegenständen die harten Konturen nahm. Beim Auftauchen des Geliebten legte Ursula das Buch, in dem sie gelesen hatte, zur Seite.

„Grüß Gott, Eberhard! Wo warst du gestern? Ich habe vergebens versucht, dich telephonisch zu erreichen."

Sie sagte das lachend, ohne Vorwurf.

Kerkhoff hielt ihre Hände und sah ihr in die Augen, als er sein Erleben preisgab.

„Gestern war ich mit der Bergungskolonne auf dem Totenkirchl, Vidor holen. Leider haben wir ihn nicht retten können. Im Teufelswurzgarten ist er in meinen Armen gestorben."

Er sagte das sehr ernst, sehr sachlich. Und fühlte die Hände Ursulas in den seinen erkalten. Der Raum schien sich zu verfinstern, graue Schatten stürzten über das Mädchen hin, löschten den Glanz der Augen, bogen die Freude des Mundes in Schmerz um.

„Vidor tot — —"

Wie in unbegreiflichem Staunen sank Ursula auf den nächsten Stuhl. Die Bücherrücken auf den Regalen und in den Schränken führten einen wirren Reigen auf. Die ganze Einrichtung begann sanft zu schaukeln.

Mühsam ihre Schwäche meisternd, barg das Mädchen das Gesicht in den Händen.

Vidor tot — abgestürzt von dem männermordenden Berg!

Kerkhoff stand fassungslos. Sein Herz krampfte sich zusammen. Sollte er auf den Toten noch eifersüchtig sein? Er hatte geglaubt, Ursula habe überwunden und würde diese Schreckenskunde tapfer tragen.

Leise und teilnehmend fragte er, seine Hand leicht auf ihre Schulter legend: „Trifft es dich so hart, Ursel?"

Kein Seufzer, kein ersticktes Aufschluchzen verriet, wie es in ihr ausschaute. Sie hatte sich jetzt schon wieder in der Gewalt, als sie die Hände vom Gesicht nahm und bat: „Laß mich allein — Eberhard . . ."

Er machte im Augenblick keine gute Figur, wie er so fassungslos vor der zusammengerissenen, merkwürdig kühlen Ursula Josephy stand. Ihr Verhalten — wie ein Schlag traf ihn das. Mit den Augen tastete er unsicher ihr Profil ab (sie hielt den Kopf abgewandt, nach der linken Schulter geneigt). In einer illustrierten Zeitung hatte er einmal die altägyptische Königin Nofretete gesehen. Ursula hatte denselben wunderbar geschwungenen Mund, das energische Kinn und — im Augenblick — der hoheitsvollen Königinnenstolz.

Wortlos ging Kerkhoff, gehorsam wie ein Page. Sein Gesicht, dieses seit gestern schärfer gemeißelte Bergsteigergesicht, war verschlossen.

Wie ein Trunkener torkelte er die Straße hinab. Die Sonne, diese geliebte Lebensspenderin, blendete ihn. Er vermochte kaum die Augen zu öffnen. Und die Füße drohten den Dienst zu versagen. Gestern auf handbreitem Fels waren sie sicherer gewesen, als heute auf der gefahrlosen Landstraße.

Sepp kam mit dem leeren Wagen vom Bahnhof. Als er Kerkhoff sah, stoppte er ab.

„Bitt schön, steigen S' ein. Ich fahr Cahna nach Feldwies."

Kerkhoff war ihm dankbar, aber er setzte sich nicht, wie sonst, neben den Chauffeur, sondern nahm auf einem der hinteren Sitze Platz. Nur jetzt keine Unterhaltung! Wenn einem das geliebte Mädel, das man nach harten Kämpfen und Sehnsüchten erobert zu haben glaubte, die Türe weist, ist man nicht zu einem Plausch aufgelegt.

Der Gasteiger Sepp ahnte, woher der Wind blies.

„Der kommt von seiner Herzallerliebsten und schneid a Gesicht, als ob ihm die Hühner's Brot weggtragen hätten . . . stellte er ganz insgeheim und ziemlich respektlos bei sich fest.

An diesem Tage lag Kerkhoff den Rest des Nachmittags wie erschlagen im Schatten seines Hauses. Einen ganzen Stapel Bücher hatte er neben sich liegen, aber keines rührte er an. Der Teufel sollte alle Romane der Welt holen! Was wußten die armseligen Skribenten vom Leben, von diesem grausamen, jauchzenden, zermürbenden Leben, das heute einen Menschen mit unfaßbarem Glück überschüttete, um ihn morgen in den Orkus der Verzweiflung zu wirbeln!

Wütend, mit Zorn gegen sich und die ganze Welt geladen, schleuderte Kerkhoff die Bücher von sich, bis vor die Schwelle des Hauses. Dann sprang er auf, reckte und streckte die sehnigen Arme gegen das Blau des Himmels, schrie seine Verzweiflung hinaus: „Herrgott, was ist das für eine Welt? Dem lebenden Vidor konnte ich Ursula abjagen, der tote nimmt sie mir wieder!"

Wie vernichtet sank er lang hin in das hohe und duftende Gras der paar Quadratmeter Erde, die ihm gehörten. Dort blieb er liegen bis zum Einbruch der Dämmerung. Die Anstrengungen des vergangenen Tages, dieser halsbrecherischen Tour auf das Totenkirchl, zwickten und zwackten hier und da in den Muskeln und Gelenken. Aber das war nichts, Kerkhoff hätte über diesen kleinen Bergkater gelacht, wenn nicht diese andere Belastung gewesen wäre, dieser furchtbare, seelische Druck, dieses Kreisen der Gedanken um Ursula!

Es wurde keine gute Nacht. Erst gegen Morgen fiel Kerkhoff in einen Schlaf der Erschöpfung. Und als er am späten Vormittag erwachte, waren sofort wieder alle Bilder von gestern lebendig! Da rief er fernmündlich einen Mietwagen herzu und tat das, was am wenigsten in seiner Absicht lag: Er fuhr nach Adelholzen, ins Sanatorium des Dr. Josephy!

Sonst galt jeden Morgen der erste Blick dem Wilden Kaiser. Heute beachtete er ihn nicht.

„Ich mag die Berge nicht mehr sehen! Ich werde morgen an die See fahren!" knurrte er bösartig vor sich hin. Er war gekränkt und töricht wie ein Kind.

Ursula bekam er nicht zu sehen. Sie ließ sich vor ihm verleugnen. Sie sei unpäßlich und außerstande, Besuch zu empfangen, wurde ihm gesagt. Ihm war, als treffe ihn mitten im Sommer ein Frosthauch. Nun machte er gar nicht erst den Versuch, bis zu ihr vorzudringen.

Er hatte ein heftiges Wort auf der Zunge, aber im letzten Augenblick beherrschte er sich. Nur die Haut an den Backenknochen spannte sich glatt und braun wie Leder.

Dann fing ihn der Sanitätsrat ab. Der kam hastig und jugendlich elastisch von unten herauf, immer gleich drei Stufen auf einmal nehmend. Es gab auch einen Fahrstuhl im Hause, aber den verschmähte der Alte. Es war bei ihm zur fixen Idee geworden, daß Treppensteigen jung erhalte. Und weil er es sagte, glaubten es ihm sämtliche Insassen seines großen Hauses und taten es ihm gleich.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg